



ANDRÉ SIMONAZZI Seit gestern im Amt. PASCAL LAUENER/REUTERS

«Ein Sprung ins kalte Wasser»

Premiere des neuen Bundesratsprechers

Vizekanzler André Simonazzi sagt, er sei vor seiner ersten Regierungssitzung nicht nervös gewesen. Und er zeigt null Verständnis für Indiskretionen.

BEAT RECHSTEINER

Herr Simonazzi, wie war sie nun, Ihre Premiere an einer Bundesratssitzung?

André Simonazzi: Ich wurde sehr freundlich vom Bundespräsidenten begrüsst und vom Kollegium empfangen. Es war natürlich hochinteressant für mich, gleich am ersten Tag an einer solchen Sitzung teilnehmen zu dürfen und die Diskussion mitzuerleben – auch wenn es heute nicht eben die grösste Traktandenliste in der Geschichte des Bundesrats war, was mir im Übrigen durchaus gelegen kam.

Was sind denn Ihre Aufgaben während einer solchen Sitzung?
Simonazzi: Es gibt sehr viel Koordinationsarbeit, die geleistet werden muss. Communiqués verabschieden etwa und darauf achten, ob es Rückmeldungen an die Departemente braucht.

Waren Sie nervös?

Simonazzi: Nein. Ich hatte zum Glück genügend Zeit, mit meinem Vorgänger Oswald Sigg meine Aufgaben vorzubereiten. Dennoch war es ein Sprung ins kalte Wasser, schliesslich gibt es keine Schule für Bundesratsprecher, man kann nicht an Sitzungen üben.

Wie wollen Sie in Zukunft informieren?

Simonazzi: Ich werde heute keine Prognosen abgeben oder ein Programm ankündigen. Wenn ich ein solches hätte, würde ich es zuerst im Bundesrat vorstellen. Ihre Frage kommt zu früh.

Also frage ich anders: Was sind denn Ihre Vorsätze?

Simonazzi: Ich werde mich mit vollem Engagement zur Verfügung stellen und mich darum bemühen, gegenüber den Departementen möglichst präzise Rückmeldungen zu geben. Das hat oberste Priorität für mich.

Zuletzt haben wieder vermehrt Indiskretionen für Schlagzeilen gesorgt, wegen der Veröffentlichung von Calmy-Reys Brief an die OECD läuft sogar ein Strafverfahren. Gehört es auch zu Ihren Aufgaben, solche Indiskretionen zu verhindern?

Simonazzi: Nein, das ist nicht meine Aufgabe. Zum laufenden Verfahren werde ich natürlich nichts sagen. Ich habe immer die Haltung vertreten, dass Indiskretionen eigentlich allen Seiten schaden. Mit einer guten Zusammenarbeit zwischen den Departementen kann man die Gefahr der Indiskretionen vielleicht eindämmen – doch es wird sie wohl auch in Zukunft leider noch geben.

Autobahnvignette für 100 Franken: Vorschlag sorgt für Diskussionen

Der Verband der Strassenbauer (Infra) verlangt eine Preiserhöhung um 60 Franken

Um Geld für den Ausbau der Autobahnen zu generieren, soll die Autobahnvignette statt 40 100 Franken kosten. Infra-Mitglied und CVP-Nationalrat Urs Hany plant nun eine Motion zu dieser Forderung.

JESSICA PFISTER, FABIAN RENZ

Jedes Jahr ändert sie ihre Farbe. 2008 noch in Gelb, klebt sie dieses Jahr in Violett metallic an der Innenseite der Frontscheiben. Gleich geblieben ist seit 14 Jahren aber ihr Preis (siehe Box). Geht es nach dem Fachverband der Schweizer Infrastrukturbauer (Infra), soll sich dies nun ändern. Im gestern veröffentlichten Communiqué schlägt dieser vor, die Autobahnvignette per 1. Januar 2012 um 60 Franken zu verteuern. Die Mehreinnahmen von rund 480 Millionen Franken pro Jahr sollen dem Ausbau der Nationalstrassen zugute kommen. Den Vorschlag macht Infra im Rahmen der Vernehmlassung zum Programm zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz, deren Frist am 17. April abläuft.

Der Zürcher CVP-Nationalrat Urs Hany, selber Infra-Vorstandsmitglied, will es nicht beim Schreiben von Stel-

Update

DIE GESCHICHTE DER VIGNETTE

Am 26. Februar 1984 stimmte das Schweizer Stimmvolk mit 53% knapp der Einführung einer Autobahnvignette zu. Ein Jahr später wurde diese definitiv eingeführt. Ihr Design wurde vom Berner Grafiker Roland Hirter entworfen. In den ersten zehn Jahren mussten Autofahrer dafür 30 Franken pro Jahr berapen. 1995 kam es zu einem Preisaufschlag. Seitdem kostet die Autobahnvignette in der Schweiz 40 Franken. (JEP)

lungnahmen belassen. «Noch in der Aprilsession oder im Sommer werde ich eine entsprechende Motion einreichen», erklärte Hany auf Anfrage.

«Gut, aber noch zu früh»

Unterstützung erhält er von Parteikollege Norbert Hochreutener (BE): «Wir müssen dringend neue Einnahmequellen erschliessen. Ich bin gerade in Rom und sehe, welche Zustände eintreten, wenn sich der Verkehr nicht mehr bewältigen lässt.» SVP-Nationalrat Ulrich Giezendanner (AG) hält den Vorschlag grundsätzlich für gut. «Es ist momentan jedoch zu früh, darüber

zu diskutieren, weil noch zu wenig bewilligte Projekte für den Ausbau der Nationalstrassen vorliegen.» Ins gleiche Horn bläst die FDP. Der Zürcher Nationalrat und Mitinhaber der Firma Auto Hutter in Winterthur will zuerst aufgezeigt bekommen, für welche Projekte wie viel Geld nötig ist.

Automobilverbände sind dagegen

Die Linke stört sich vor allem daran, dass die Mehreinnahmen ausschliesslich für den Ausbau der Nationalstrassen verwendet werden sollen. «Die Zweckbindung widerspricht der Hauptstossrichtung unserer Verkehrspolitik», sagt Andrea Hämmerle (SP/GR), Präsident der Verkehrskommission des Nationalrats. Eine Erhöhung des Vignettenpreises findet aber auch er «keine dumme Idee». Die Präsidentin des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS) und Grüne Nationalrätin Franziska Teuscher glaubt nicht, dass damit das Problem des Mehrverkehrs gelöst werden könnte.

Überhaupt nicht einverstanden mit dem Vorschlag ist man beim Touring-Club Schweiz (TCS) und beim Automobil Club Schweiz (ACS): «Für den TCS steht eine Erhöhung des Vignettenpreises nicht zur Diskussion», so

Sprecher Stephan Müller. Noch weiter geht ACS-Geschäftsführer Niklaus Zürcher: «Es kann nicht sein, dass der Bund ein gutes Paket von Lösungen anbietet und dann solche Schnellschüsse als Antworten kommen.» Im Gegensatz zum Ausland, wo die Autobahn als Mehrwert angeboten werde, sei in der Schweiz das Ziel, dass möglichst viele Autofahrer die Autobahnen benutzen. «Da wäre es ein Witz, genau diese Gebühren zu verteuern. Diese Forderung hat im Parlament keine Chance.»

«Immer noch ein Schnäppchen»

Benedikt Koch, Geschäftsführer der Infra, zeigt sich trotz der Kritik optimistisch: «Wenn die Gelder zweckgebunden nur für die Autobahnen verwendet werden, können wir dafür eine politische Mehrheit zusammenbringen. Schliesslich gibt es genug Leute, die sich jeden Tag über den stockenden Verkehr aufregen und einsehen werden, dass es Investitionen braucht.» Zudem wären 100 Franken für die Benutzung der Autobahnen im Vergleich zu unseren Nachbarländern immer noch ein Schnäppchen. So bezahlen die Österreicher 120 Franken pro Jahr, die Italiener pro 100 Kilometer zirka 10 Franken.

«Irritationen hinter uns lassen»

Versöhnliche Töne bei Arbeitsbesuch von Micheline Calmy-Rey in Deutschland

Nach ihrem Besuch beim deutschen Aussenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) zeigte sich Bundesrätin Micheline Calmy-Rey am Mittwoch überzeugt, dass ihre Botschaft angekommen sei. Deutschland war aber zufriedener mit dem Treffen als die Schweiz.

HELMUT UWER, BERLIN

Eine Entschuldigung des deutschen Aussenministers für die Ausfälle des deutschen Finanzministers hat es nicht gegeben. Sowohl Steinmeier als auch Calmy-Rey wichen bei dieser Frage aus. Frank-Walter Steinmeier sagte zwar: «Wir wollen diese Irritationen hinter uns lassen.» Doch dann kam er schnell auf den für Deutschland entscheidenden Punkt, dass die Schweiz jetzt ihre Bereitschaft zur Übernahme der OECD-Musterabkommen erklärt habe.

Micheline Calmy-Rey sagte nicht, ob sie eine Entschuldigung erwartet oder diese konkret eingefordert habe: «Meine Pflicht war es, die Entscheidung des Bundesrates zu erklären. Das habe ich getan.» Die Aussenministerin hat gegenüber ihrem deutschen Amtskollegen deutlich gemacht, dass Deutschland und die Schweiz Partner sind: «Wir sind nette Nachbarn. Und mit einem netten Nachbarn geht man nicht so um. Das hat uns sehr getroffen.» Bundesrätin Calmy-Rey fügte zudem hinzu: «Die Schweiz ist keine Steueroase.» Sie gehöre deshalb «nicht auf die Liste der Steueroasen».

Auch Fluglärm thematisiert

Sie verwies auf die Bereitschaft Berns, auch bei Steuerhinterziehung zu kooperieren, was bislang nicht der Fall war. «Wir sind seriös. Wenn wir das sagen, dann machen wir das auch», versicherte die Bundesrätin. Laut Steinmeier und Calmy-Rey sind die Gespräche über eine Revision des deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommens bereits angelaufen. Beide Seiten versicherten, schnell zu einem Abschluss kommen zu wollen. Allerdings machte Calmy-Rey auch deutlich, dass die Schweiz 74 Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen habe. Man werde allerdings Prioritäten setzen.

Aus allen Aussagen ging klar hervor, dass die deutsche Seite wesentlich zufriedener war als die Schweizer.



VERSÖHNLICH Calmy-Rey und Steinmeier nach ihrem Gespräch in Berlin. T. SCHWARZ/REUTERS

Während Steinmeier von seiner Kollegin Micheline sprach, ging diese vor allem an der zweiten Pressekonferenz in der Schweizer Botschaft, wo Steinmeier nicht dabei war, auf etwas mehr Distanz: «Ich erwartete nicht, zufrieden rauszukommen.» Klipp und klar sagte sie, dass die Indianer-Beschimpfungen von Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) «nicht akzeptabel» seien. Ihren Unmut machte sie zudem deutlich, indem sie mehrfach darauf verwies, dass sie «diesen Herrn» nicht kenne.

Aber auch beim Thema Flughafen Zürich wurde sie deutlicher als zuvor im Aussenministerium. Dort hatte sie den Flughafen als eines von derzeit zwei Problemen zwischen beiden Ländern eingestuft und von einer Studie zum Lärmproblem gesprochen, die jetzt durchgeführt werde. In der Botschaft liess sie aber keinen Zweifel daran, dass sie mit der Arbeit der bereits nach dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel im letzten Jahr eingesetzten Arbeitsgruppe alles andere als zufrieden ist.

Nachrichten

Nicht alle Tinner-Akten vernichtet

In der Atomschmuggel-Affäre Tinner sind Aktenkopien aufgetaucht. Die Bundesanwaltschaft habe im Dezember 2008 festgestellt, dass sich in ihrem Archiv Kopien befänden, über die sie gemäss Beschluss des Bundesrates vom November 2007 nicht mehr hätte verfügen dürfen, teilte das EJPD am Mittwoch mit. Im vergangenen Februar beschloss der Bundesrat, diese Unterlagen von Spezialisten der Internationalen Atomenergieagentur (IAEO) im Beisein von Vertretern der Bundesanwaltschaft, des Bundesamtes für Polizei und des Bundesamtes für Justiz begutachten und triagieren zu lassen. Dabei wurden proliferationsrelevante Dokumente identifiziert und markiert. Laut dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) wird die IAEO gegenüber dem Bundesrat Empfehlungen darüber abgeben, wie mit den Aktenkopien umgegangen werden soll. Im Januar hatte die Geschäftsprüfungsdelegation die Aktenvernichtung kritisiert. (AP)

Geheimdienste Markus Seiler wird Direktor

Der bisherige VBS-Generalsekretär Markus Seiler wird erster Direktor der zwei zusammengeführten Geheimdienste des Bundes. Der 40-jährige Thurgauer tritt das Amt am 1. Mai an, wie Bundesrat Ueli Maurer am Mittwoch bekannt gab. Seiler beabsichtigt, die Leistungsfähigkeit des Nachrichtendienstes zu erhöhen. (AP)

Velovignette Kommission will sie beibehalten

Die obligatorische Velovignette in der Schweiz soll bleiben. Die ständerätliche Verkehrskommission hat einen Vorstoss von Philipp Stähelin (CVP/TG) zur Abschaffung mit fünf zu drei Stimmen abgelehnt, wie die Parlamentsdienste am Mittwoch mitteilten. (AP)

Erdbeben Bundesrat will Vorsorge intensivieren

Der Bundesrat will angesichts möglicher Erdbeben die Vorsorge intensivieren. Infrastrukturen des Bundes wie Eisenbahnen sollen besser geschützt werden. Bundesrat Moritz Leuenberger appellierte an die Kantone, systematischer Vorsorge zu betreiben. (AP)